

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Zeugungspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 15. Juni 1932

Nummer 48

Ein Fehlurteil des Reichsarbeitsgerichts

Mit der Veränderung der politischen Machtverhältnisse zungunsten der Arbeiterklasse hat sich in steigendem Maße auch die reichsarbeitsgerichtliche Rechtsauslegung gewandelt. Die Rechtsfindung im Arbeitsgerichtsverfahren ist fast zu einer Konjunkturfrage geworden. Alles bisher Dagewesene übersteigt jedoch ein Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 27. Februar 1932 (Mittenzetischen NW. 416/31), das in seiner Konsequenz einer völligen Aufhebung des Artikels 118 der Reichsverfassung gleichkommt. Der Artikel lautet: „Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. In diesem Recht darf ihm kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.“

Trotz dieses klaren Verfassungsschutzes wurde einem Schriftsetzer, der nur wegen der aktiven Beteiligung in der Kommunistischen Partei und in der Freidenkerbewegung aus seiner Stellung entlassen war, der Schutz aus Artikel 118 der Reichsverfassung vom Reichsarbeitsgericht verweigert. Nach der reichsarbeitsgerichtlichen Entscheidung sei die Weiterbeschäftigung des Schriftsetzers der Beklagten nicht zuzumuten gewesen, weil — man höre — der Beklagten aus der Weiterbeschäftigung des Klägers möglicherweise Schaden entstehen könne, und zwar dann, wenn ihr vom Auftraggeber Aufträge entzogen würden. Das Reichsarbeitsgericht begründet seine Auffassung insbesondere wie folgt: „Im Gegensatz zum Arbeitsgericht hat das Landesarbeitsgericht Münster i. W. die Klage abgewiesen. Auf den gleichen Standpunkt stellte sich das Reichsarbeitsgericht, das die Revision des Klägers zurückgewiesen hat und die folgenden Rechtsausführungen des Landesarbeitsgerichts billigte: Das in Artikel 118 Reichsverfassung gewährleistete Recht der freien Meinungsäußerung findet seine Grenze an den Vorschriften der allgemeinen Gesetze. Diese schützen die wirtschaftlichen Interessen und Belange des einzelnen in weitem Maße. Der Gesichtspunkt der Betriebsverbundenheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und daß das geltende Arbeitsrecht eine besondere Einordnungspflicht des Arbeiters in den Betrieb (Gewerbeordnung, Betriebsrätegesetz) kennt, fordern, daß der Arbeiter sein Verhalten mit den aus dem Arbeitsvertrag sich ergebenden Pflichten in Einklang bringen muß. Unter Beachtung der wirtschaftlichen Belange war daher im vorliegenden Falle der Beklagten die Weiterbeschäftigung des Klägers nicht zuzumuten. Daß die aktive Betätigung des Klägers in der KPD für das Unternehmen der Beklagten von Nachteil war, hat die Beklagte schlüssig dargetan. Sie tritt ein für die Erhaltung der Religion und der bestehenden Moralgesetze, ihr Verlag unterhält besonders nahe Beziehungen zur katholischen Kirche, befaßt sich mit der Herausgabe religiöser Bücher. Andererseits hat Kläger nicht bestritten, daß seine Betätigung sich öffentlich abspielt, daß er als Kandidat der KPD im Stadtparlament aufgestellt und in seiner Presse transponiert als der „M. Schmidt“ bezeichnet worden ist. Auf Grund dieser Tatsachen kann sich das Gericht der Überzeugung nicht verschließen, daß die außerdienstliche Tätigkeit des Klägers und die darin zum Ausdruck kommende Weltanschauung für die religiöse Einstellung des Betriebs der Beklagten von Nachteil ist und nicht als unerheblich bezeichnet werden kann, wenn es auch nicht möglich ist, sie greifbar oder ziffermäßig festzustellen. Die zunächst vorliegende Schädigung des Ansehens der Beklagten in ihrem Kundenkreis muß sich schließlich auch finanziell auswirken und kann dazu führen, daß ihre Auftraggeber, ins-

besondere auch die Zentrumspartei, sich einem andern Verlag zuwenden. Danach verstößt die außerdienstliche Tätigkeit des Klägers gegen seine arbeitsvertraglichen Pflichten, da sie für den Betrieb nachteilig wird, und rechtfertigt infolgedessen seine Entlassung.“

Mit dieser Entscheidung hat das Reichsarbeitsgericht einen Weg betreten, der in seiner weiteren Konsequenz das schon heute in der Wirkung stark abgeschwächte Entlassungsschutzrecht im Betriebsrätegesetz fast völlig aufhebt. Nicht mit der Entschädigung wird dem betriebsfremden Auftraggeber ausschlaggebende Mitbestimmung über die Beendigung eines Arbeitsvertragsverhältnisses eingeräumt. Stellen wir uns doch die möglichen Wirkungen der Entscheidung des höchsten Gerichtshofs in der betrieblichen Praxis vor. Im Buchdruckgewerbe werden fast ohne Ausnahme von den Betrieben Aufträge angenommen und auch ausgeführt, ohne Rücksicht auf die Richtung der Weltanschauung und die Tendenz, die mit den Druckschriften verfolgt wird. Daher müßte in logischer Fortführung der Anschauung, wie sie in der reichsarbeitsgerichtlichen Entscheidung vertreten wird, sich jeder Arbeiter eines Buchdruckereibetriebs, vom Profuristen bis zur Scheuerfrau herab, irgendetwelcher öffentlichen Stellungnahme im politischen Leben enthalten, um nicht Gefahr zu laufen, unter der Begründung entlassen zu werden, daß seine politische Betätigung einem betriebsfremden Schriftsetzer mißfällt, und daß dieser deshalb möglicherweise seine Aufträge dem Betrieb entziehen wolle. Und da die Betriebe im Buchdruckgewerbe gegenüber den Betrieben in andern Gewerbebezügen hinsichtlich ihrer Abhängigkeit vom Auftraggeber keine Besonderheit darstellen, so wäre im Verfolg der reichsarbeitsgerichtlichen Auffassung auch der Betriebsarbeiter anderer Industriezweige dauernd von der Gefahr bedroht, daß seine öffentliche politische Betätigung einem für seine Arbeitsstätte wichtigen Auftraggeber mißfällt, woraus dann die Berechtigung zu seiner Entlassung hergeleitet werden kann. Mithin würde die Konsequenz reichsarbeitsgerichtlicher Argumentation dazu führen, daß der Betriebsarbeiter entweder sich jeder öffentlichen politischen Betätigung enthält oder sich nur in der von den für seine Betriebsstätte maßgebenden Auftraggebern gebuldeten politischen Richtung betätigt. Die Verschlechung von Arbeitsvertragspflicht und politischer Betätigungsfreiheit, wie sie in der reichsarbeitsgerichtlichen Entscheidung vorgenommen wird, ist weder mit dem Arbeitsvertragsrecht zu vereinbaren noch ist sie verfassungsrechtlich zulässig.

Wie unhaltbar und ungerecht dieses Urteil des Reichsarbeitsgerichts in Sachen politischer Gesinnungs- und Betätigungsfreiheit aller Berufstätigen im deutschen Buchdruck- und Zeitungsgewerbe ist, ergibt sich mit drastischer Deutlichkeit auch aus einem Artikel in Nr. 34 der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ (Unternehmerorgan) vom 26. April. Unter dem Titel „A o l i t i s c h e s L i e b e , e i n g a r t i g e s L i e b e !“ wurde da folgendes Klagelied eines Buchdruckereibesetzers veröffentlicht:

Eine kuriose Frage: Muß eine sozialistische Zeitung auf einer roten Presse gedruckt werden? Oder der Wahlauftrag einer Zentrumspartei auf einer schwarzen? Ist es unbedingt erforderlich, daß der Buchdruckereibesetzter, der ein Flugblatt der Nationalsozialisten druckt, den Befähigungsnahezu dafür durch Vorzeigung der Mitgliedskarte erbringen muß? Der primitive Menschenvorstand sagt nein, aber die „schöne Volkseele“ sagt vielmehr ja. Ein Fall, der sich in den letzten Tagen ereignet hat, gibt uns Veranlassung, einmal auf dieses Thema einzugehen. Da druckte ein Buchdruckereibesetzter, der in einem kleinen Städtchen sein bescheidenes Dasein fristet, einen Wahlaufruf einer Partei. Eine andere Partei ließ ebenfalls ein Flugblatt bei ihm drucken. Klugs kam der erste Besteller, sprach von Hinterlistigkeit, von Verrat, drohte mit der Entziehung der Kundshaft, Postkontierung usw. usw. Unser armer Kollege fiel aus allen Wolken. Das konnte kein einfacher Bestand nicht-fallen: er wandte sich deshalb in seiner Not an den deut-

lichen Buchdrucker-Verein. Wir müssen es zu unsrer Beschämung gestehen, wir fassen es auch nicht. Deshalb das obige Motto. Wir sind immer des Glaubens gewesen, daß es allererstes Erfordernis sein müsse, Arbeit zu schaffen und Arbeit zu erhalten. Ganz gleich, von wem und durch wen, nur vorausgesetzt, daß es anständige und ehrliche Arbeit ist, die gegeben und genommen wird. Je mehr, desto besser, damit unser Sechszig-Millionen-Arbeitslosenheer ein Unterkommen findet, damit Handel und Gewerbe aufblühen und jedem Sterblichen das Recht auf Arbeit und Brot wird. Bei der Unmenge der Parteien, die wir in Deutschland haben, kann kein Mensch so viel Mühen haben, um sie nach jedem Wind zu drehen. Wir sind überzeugt, daß die Leute, die unsern Kollegen die Herstellung von Drucksaften für eine andre Partei überbelten, sich über die Tragweite ihres Handelns gar nicht klar waren. Für ihre Person würden sie es wahrscheinlich entristet zurückweisen, wenn irgendein Besteller bei einer Auftragserteilung in Höhe von drei oder fünf Mark ihnen zumuten würde, zugleich seine politische oder religiöse Ansicht zu übernehmen. Zu welchen Konsequenzen sollte das führen? Wir befinden uns in einer furchtbaren Wirtschaftsnot, und unsere Buchdruckereibesetzer sind ebenfalls schwer davon betroffen. Es ist ein Kampf um die Existenz, den wir führen, ein erbittertes Ringen um jeden noch so kleinen Auftrag. Aber die Zumutung, ehelos zu werden und aus einem kleinen Vorteils wegen die eigene Gesinnung zu verkaufen, die kann nur jemand stellen, der, um ein weiteres Sprichwort zu zitieren, „selbst schon hinter dem Busch gefahren hat“.

Lassen wir deshalb, wenn wir zum Geschäftsmann gehen, die politische Meinung beiseite. Wir selbst wollen uns ja gar nicht beipflichten lassen. Und was wir für uns selbst beanpruchen, das wollen wir auch für andere, besonders für die Geschäftswelt, gelten lassen.

Was hier ein Buchdruckereibesetzer in seinem offiziellen Unternehmerorgan in so eindringlicher Weise vor Augen führt, deckt sich von A bis Z mit der grundsätzlichen Beurteilung der gleichen Frage innerhalb der gesamten deutschen Buchdruckereiarbeiterchaft. Um so bedauerlicher ist es, daß man im Reichsarbeitsgericht keine Ahnung von den ungeheuerlichen Konsequenzen eines solchen Urteils zu haben scheint, wonach Unternehmer wie Arbeiter des gesamten deutschen Buchdruckergewerbes verdienst- oder arbeitslos gemacht werden können, wenn sie ihre berufliche Arbeit nicht in das Profustesbett einseitiger politischer Diktatur zwängen lassen wollen. Wir protestieren daher gegen eine solche Ausschaltung des Artikels 118 der Reichsverfassung gegenüber der Buchdruckereiarbeiterchaft nicht nur aus rein wirtschaftlichen Gründen, sondern in erster Linie als Staatsbürger, die nicht dadurch ehre- und rechtslos werden wollen, indem sie gezwungen sein sollen, ihre politische Gesinnung den beruflichen Arbeitsmöglichkeiten zu unterordnen!

Weltuntergangsstimmung und Sozialismus

Politische und wirtschaftliche Erschütterungen sind neben den Änderungen, die sie in der Struktur der Wirtschaft hervorzurufen, in der Regel mit mehr oder weniger starken psychischen Einflüssen auf die Bevölkerung verbunden. Das zeigt sich auch gegenwärtig. Durch den unglücklichen Ausgang des Weltkriegs und die ihm folgende Entwicklung hat die kapitalistische Wirtschaftsordnung einen schweren Stoß erlitten, der den Glauben an ihren festen, unüberwindlichen Weiterbestand selbst in solchen Kreisen ins Wanken brachte, die zu ihren treuesten Verehrern gehörten. Millionen mittelständlicher Existenzen wurden vernichtet und fristen vielfach auf Kosten der öffentlichen Wohlfahrtspflege ein kärgliches Dasein. Andre Millionen mittlerer und kleiner Gewerbetreibenden sehen sich vor den wirtschaftlichen Zusammenbruch gestellt, ohne in der Lage zu sein, ihn zu verhindern. Sind doch selbst große industrielle und kommerzielle Unternehmungen vor dem gleichen Schicksal nicht mehr sicher, wie die zunehmende Zahl der Konkurse und Betriebsstillegungen erkennen läßt. Bisher kapitalträchtige Banken breden zusammen und die Finanzstände nehmen kein Ende, anziehend, wie morsch die Fundamente sind, auf denen das einst stolze und vielgepriesene kapitalistische Wirtschaftsgebäude steht.

Verschlimmert werden diese Zustände durch eine im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung: nie dagewesene

Arbeitslosigkeit, deren Umfang sich trotz aller dagegen angewendeten Maßnahmen fortgesetzt erweiterte. Auch hier sind es Millionen Arbeiter und Angestellte, die bereits seit Monaten und Jahren auf eine Verwendung ihrer Arbeitskraft warten, auf der allein ihre wirtschaftliche Existenz beruht. Nicht besser steht es in den intellektuellen Volksschichten aus. Die kapitalistische Wirtschaft hat für alle diese Menschen keine Verwendung und weiß weder mit den Älteren, noch mit der heranwachsenden, wirtschaftliche und geistige Betätigung fordernden Jugend etwas anzufangen. Zugleich sehen viele von denen, die sich heute noch einer den Unterhalt sichernden Beschäftigung erfreuen, mit Bangen dem Zeitpunkt entgegen, wo sie von dem gleichen Los betroffen werden, wie ihre aus dem Wirtschaftsgetrieb hinausgeworfenen Schicksalsgenossen. So läßt sich verstehen, daß in weiten Volksschichten eine Gemütsstimmung um sich greift, die je nach Temperament und Lebensauffassung bei den einen düstere Verzweiflung oder stumpfe Resignation, bei den andern panisches Suchen nach etwa möglichen rettenden Auswegen oder wilden, zur gegenwärtigen Zerfleischung und Vernichtung neigenden Fanatismus heraufruft. Es zeigt sich hier eine Gemütsverfassung, die der Psychiater Professor Dr. Weygel in Stuttgart als eine Art geistiger Erkrankung der Nachkriegsjahre mit „Weltuntergangsstimmung“ bezeichnet. Diese Gemütsverfassung findet ihren Ausdruck in der Unrast der unter dem deprimierenden Druck der daniederliegenden Wirtschaft leidenden Bevölkerung, in der Zunahme der Selbstmorde, der steigenden Kriminalität, der Überfüllung der Irrenhäuser, der geringen Einschüpfung eignen und fremden Lebens, der zunehmenden Roboterbedürfnisse, wie auch einer sich immer oberflächlicher gestaltenden Lebensauffassung, die nur das Mächtigkeitsbedürfnis über in den niedrigsten Gemütsfriedebildung sucht, weil für höhere Gemütsse weder die materielle noch die geistige Kraft zureicht.

Die für diesen seelischen Zustand gewählte Bezeichnung „Weltuntergangsstimmung“ trifft auf für die politischen Erscheinungen zu, die wir gegenwärtig zu beobachten haben. Kein Zweifel! Wir stehen hart am Rand einer Weltuntergangskatastrophe, wie sie Marx sowohl im kommunistischen Manifest als auch in seinem „Kapital“ für das kapitalistische Wirtschaftssystem voraus sagte. Allen Abseignungen von bürgerlicher Seite entgegen, hat die kapitalistische Entwicklung den von Marx vorausgesehenen Weg genommen. Sie steht gegenwärtig auf einer kaum noch zu überbietenden Höhe, damit aber auch anjehend vor ihrem Ende. Steht es doch ganz danach aus, als ob nur noch ein Wunder den Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems verhüten kann. Eine solche Gefahr drohte ihm zwar in den Nachkriegsjahren schon zu wiederholten Malen, ohne jedoch auszuweichen. Sie ging jedesmal vorüber, obwohl sich die kritische Lage der Wirtschaft immer mehr zuspitzte und schließlich zur Weltkrise führte. Die Umkehrung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft war eine gewaltige Leistung. Aber sie wurde vom ganzen Volk, vor allem von der Arbeiterschaft, aufgebracht, die dabei fortgesetzt neue Opfer bringen mußte, das Unternehmertum und der hinter ihm stehende Kapitalismus hielten sich von solchen Opfern fern, begnügten sich vielmehr damit, durch immer neue, in die Volksmassen hineingeschleuderte Schlagworte diese zu noch größerer Opferwilligkeit anzuspornen. Über alles, was von dieser Seite an verstärkten Arbeitsleistungen, an Förderung der Kapitalbildung, ferner durch Nationalisierung und Intensivierung des Produktionsprozesses aufgebracht wurde, reichte nicht zu, die zerrüttete Wirtschaft zu beleben. Der Gehalts- und Lohnabbau, die Herabsetzung der sozialen Leistungen, die Einstellung der Reparationen sowie die für die öffentlichen Haushalte durchgeführten Sparmaßnahmen hatten kein besseres Ergebnis, trugen vielmehr nur dazu bei, die wirtschaftliche Lage weiter zu verschlechtern.

Der Ausgang der in den letzten Jahren und Monaten stattgefundenen Wahlen zeigt die Folgen. Die sogenannten Mittelstandsparteien sind bis zur völligen Bedeutungslosigkeit aufgerieben worden. Das mittlere und niedrigere Bürgertum, erhebliche Teile der Beamtenschaft, der Landwirte wie auch des noch nicht zum Klassenbewußtsein erwachten Proletariats, schließlich auch der durch die nationalsozialistische Propaganda geistig verwechselten Jugend sind in das Lager des Faschismus hinübergewechselt, auf dessen baldigen Sieg sich alle ihre Träume und Hoffnungen von einer besseren Zukunft konzentrieren. Daß sie sich nicht erfüllen werden, ist vorzuzusehen. Die Enttäuschung muß und wird kommen! Vorerst ist es aber noch nicht soweit und bleibt zu befürchten, daß aus dieser Entwicklung für die Arbeiterschaft noch schlimmere Zustände erwachsen. Diese Gefahr droht nicht nur in politischer, sondern mehr noch in wirtschaftlicher und sozialer Richtung. Hinter der faschistischen Bewegung stehen die kapitalistischen und monarchistischen Kreise, die auf Wiederherstellung ihrer früheren Herrschaft hinstreben. Letztere sind noch nicht die gefährlichsten Feinde der Arbeiterschaft. Weit schlimmer ist das großkapitalistische Unternehmertum, das den Faschismus instrumentiert, um ihn als Werkzeug für die Erhaltung und Stärkung seiner durch die politische Anmäschung und die Weltkrise zwar nicht unberührt gebliebenen, aber doch nur wenig erschütterten Vormachtstellung zu benutzen sowie die aufstrebende sozialistische Bewegung zu zerschmettern oder doch in eine rückläufige umzuwandeln.

Das großkapitalistische Unternehmertum hat es verstanden, die faschistische Bewegung zu einer Massenbewegung zu gestalten. Das erreichte sie nicht nur durch die Millionen, die sie den Nationalsozialisten zuschieben ließ.

Zu Hilfe kam dabei dem um die Aufrechterhaltung seiner politischen und wirtschaftlichen Macht ringenden Kapitalismus die seelische Verfassung des deutschen Volkes, jene Weltuntergangsstimmung, die in dem Faschismus das letzte Rettungsmittel vor dem drohenden Zusammenbruch erblickt. Nur auf dieser Grundlage war es möglich, eine solche Massenpsychose zu erzeugen, von deren Anschlägen und Umfang ihre Urheber selbst überrascht sein werden. Sollte der Faschismus gegenüber der ihm gestellten Aufgabe versagen, so wird der in der Wahl seiner Mittel skrupellose Kapitalismus nicht davor zurückschrecken, diese Massenpsychose in noch gefährlichere Bahnen zu lenken, letzten Endes sogar einen neuen Weltkrieg zu entfesseln. Die bestehende politische und wirtschaftliche Lage macht es verhältnismäßig leicht, eine solche Katastrophe heranzubekördern. Zündstoff dazu ist genügend vorhanden, und die Kriegsgeschehnisse und Krisenmomente der ganzen Welt sind eifrig bemüht, die nationalen Leidenschaften zu schüren (sowie die Völker gegeneinanderzubringen).

Diese Verhältnisse stellen einer ruhigen evolutionären sozialistischen Entwicklung erhebliche Hindernisse in den Weg. Für die nächste Zeit ist kaum mit besonderen Fortschritten in dieser Richtung zu rechnen. Die Reaktion schießt sich stärker denn je! Sie schießt sich an, zum letzten Schlag auszuholen, der dem Faschismus den Sieg und die angestrebte Herrschaft bringen soll. Bis jetzt ist es der Sozialdemokratie im Verein mit den Gewerkschaften gelungen, die faschistische Gefahr abzuwehren. Der Sturz der Brüningregierung hat jedoch diese Gefahr verschärft. Eine neue Regierung von ausgesprochen reaktionärem Charakter ist an die Stelle des abgelebten Rakonitzky getreten. Selbst in dem vorhandenen politisch rückständigen Reichstag vermochten sie eine parlamentarische Mehrheit nicht zu finden. Man sieht es auch gar nicht darauf ankommen, sich von ihm das in Aussicht zu nehmende Mißtrauensvotum ausstellen zu lassen, sondern löste den Reichstag auf. Durch die nun bevorstehenden Neuwahlen soll eine andre Zusammensetzung, eine faschistisch reaktionäre Mehrheit erreicht werden. Nach dem Verlauf der letzten Landtagswahlen rechnen die reaktionären Parteien, insbesondere die Nationalsozialisten, mit neuen und größeren Erfolgen. Ob sich ihre Erwartungen erfüllen, werden jedoch erst die Wahlergebnisse ausweisen.

Auf jeden Fall hat die sozialistische und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft einen schweren Kampf zu führen, bei dem es um die Erhaltung ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Erzeugnisse geht, die ihnen der mit den reaktionären Parteien verbündete Kapitalismus und Monarchismus entreißen will. Seit Bestehen des Reichstags hat die deutsche Arbeiterklasse keinen Wahlsieg von dieser Tragweite zu führen gehabt. Eine Parallele ähnlicher Art „bigtet“ nur, die Zeit vor Verhängung des Sozialistengesetzes, durch, das jede freie Meinungsäußerung, alle fortschrittlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bestrebungen der Arbeiter unterdrückt werden sollten. Was der Nationalsozialismus mit der faschistischen Diktatur des Dritten Reichs herbeiführen will, läuft auf das gleiche hinaus. Das darf nicht gesungen! Die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse muß diese Bestrebungen zum Scheitern bringen, weil nur so dem Fortschreiten des Sozialismus die Wege offen gehalten und sein Sieg über das kapitalistische Wirtschaftssystem in greifbare Nähe gerückt werden kann! —

Studien über Hitler und seine Bewegung

Das Münchener Ereignis von 1923 zeigt uns, daß ein sehlgewandter Putsch seinen Urheber leicht in den Bezirk der Väterglorie stoßen kann. Jedoch Hitlers Sinn für Tragik ist nur sehr gering. Und das befähigte ihn, entschlossen über die Tragödie hinwegzukommen, ein Zeichen motorischer, sehr gegenwärtiger Natur. Natürlich hat ihm der Fehlschlag des Staatsstreichs eine Lehre geboten. Er ist zum Erkenntnis auf eine Gewalt gestoßen, die in der harten Nüchternheit des beschlußmäßigen Funktionierens stärker war als er selber.

Daß Hitler auf Stellung kam, war indirekt sein Glück. Er war erstens von der Wildschäpe verschont worden — und bekanntlich heißt ja die Zeit alle Wunden — und zweitens konnte er in aller Ruhe zwei Bände schreiben, betitelt „Mein Kampf“, womit er sich auch gleichzeitig eine finanzielle Grundlage schuf. Nach der Haftentlassung durfte er nicht mehr öffentlich reden. Doch das anfänglich zu hart empfundene Redeverbot wurde später sein Glück. Denn seine Freunde sorgten dafür, daß dagegen kräftig protestiert wurde. Das Redeverbot wurde zu einer kostlosen Werbung, geliefert von den Ministerien. Denn am dem Verbot fraute sich die Keuzlerde, und als es dann später aufgehoben wurde, waren die Gasse überfüllt.

Als Hitler gelegentlich einmal einen Vortrag über Zinsnechtheit von Gottfried Feder hörte, ernannte er diesen als eigentlichen Programmredner. Seinen Mitführern schien das nicht zu behagen, und Hitler, der nie beanprucht hatte, in Wirtschaftssachen führend zu sein, war ein wenig unglücklich darüber geworden, ob die Federischen Rezepte wirklich taugen, die Krankheiten von Volk und Zeit zu heilen. Er suchte nach einem Ersatz, ohne jedoch bisher einen solchen gefunden zu haben. Angeleglich bearbeitet Hitler jetzt selber ein neues Wirtschaftsprogramm. Interessant ist ein Satz von Gottfried Feder, den er im Jahre 1930 schrieb: „Wir lehnen es ab, wie andre Parteien tun, aus Zweckmäßigkeitsgründen unser Programm den sogenannten Verhältnissen anzupassen. Wir werden eben die Verhältnisse unserm Programm anpassen, indem wir die Verhältnisse meistern.“ Dieser Satz ist ein gutes Beispiel für das Mittel werdender Suggestion. Schwankenden Gemütern, suchten

den Seelen, Enttäuschten und Hoffenden erscheint das feste Wort als Gewähr der Erfüllung. Was bedarf es mißsammer Rechenhaft über Inhaft? Sei es darum, daß dieses oder jenes Stück davon falsch, vielleicht sogar Unfalsch sein könnte. Hier ist doch ein Wille, der nicht handeln, sondern der „liegen“ will.

Die nationalsozialistische Bewegung ist eine Sache des Willens und der Leidenschaft: In erster Linie auf die Gewinnung der politischen Macht abgestellt — in zweiter auf die Umformung der sozialwirtschaftlichen, vor allem staatsfinanziellen Ordnung. Aber sie wäre schwerlich eine so deutsche Sache, wenn sie nicht eine gewisse Verbindung mit der Wissenschaft eingegangen wäre. Die Wissenschaft der Nationalsozialisten ist die Massenkunde. Blauäugige Blöndheit gilt als Ausweis eines Herrschaftsanspruchs, und Kinder und Enkel sind somit gezwungen, ihren Eltern und Eltern zu fluchen, wenn ihre Vereinnahmung die Chancen der Herrschaftsteilnahme verdarben. Dies ist insofern ein Erzeugnis des naturalistischen Denkens, weil es die ganz nichternsten Fragen der gesunden Volkserhaltungsjorge mit fremden Maßstäben des Wertens durchsetzt. Bemerkenswert ist, daß sich nicht alle Nationalsozialisten dazu bekennen, wohl vielleicht deshalb, weil in der Führerschaft zu viel ausgesprochen ideologische und romantische Typen stecken. Sie wollen wesentlich nur die „arische“ Solidarität gerettet wissen gegenüber dem Semiten. Die politisch konstituierenden Kräfte ruhen nicht im Blut, wie die Nationalsozialisten glauben, sondern in Sprache und Seelensraum, vor allem in der gemeinsam erlebten und seelengestaltenden Geschichte! Das muß hier einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Gerade jenes hat doch niemand deutlicher erfahren müssen, als das deutsche Volk, das als „nordische Rasse“ so viel „Blut“ in fremdes Staatenwesen und Volkstum gegeben hat, und es dort völlig an die Fremde verlor, wo nicht Sprache und Boden den eigentümlichen Lebensraum hielten.

Die berufsständische Idee dürfte eher eine Vernebelung, eine sehr sinnvolle Utopie sein, um die in den Berufsgruppen wirksamen autonomen Kräfte politisch zu binden, zu kontrollieren, parteimäßig zu monopolisieren. Sie sind nur ein Instrument der zur Identität gebrauchten Staats- und Parteimacht. Dort, wo die Nationalsozialisten begimmen, in den Berufsvertretungen, „Zellen“ zu bilden, hat man die möglichen Zusammenhänge begriffen. Das ist dann ein Stück parteipolitischen Machtkampfes. Allerdings, mit der berufsständischen Idee hat das nichts mehr zu tun. Vielleicht ist das Spiel mit ihr eine taktische Waise in der Bekämpfung der politischen Volksvertretung. Und betamantlich schimpfen ja die Nationalsozialisten am meisten über das parlamentarische System. Eines muß dazu gesagt werden: Das parlamentarische System in Deutschland, das von den Parteien früher fast selber nicht einmal begehrt worden war, mußte sich in seiner unglückseligen, oft ungeschickten und verderblichen Handhabung rächen. Deshalb darf man aber noch lange nicht ein System verantwortlich machen für unzureichende, fast schmerzliche Zustände, die mit diesem „System“ ursächlich gar nichts zu tun haben. Die Frage, ob es heute einem Staat wirtschaftlich und finanziell besser oder schlechter geht, hängt mit dem Tatbestand, ob es sich um Monarchie, Demokratie oder Diktaturen handelt, nur sehr wenig zusammen. Es geht ihnen fast allen ziemlich schlecht. Und langsam hat es sich auch bei den Nationalsozialisten herumgesprochen, daß es „Reichsminister für Weltkatastrophen“ nicht gibt.

Kommen wir zu der Frage: Was ist Sozialismus? So finden wir diese von dem nationalsozialistischen Schriftsteller Fißler Kling so formuliert: „Sozialismus ist die Erkenntnis, daß die Natur nur die Art, das Volk nach menschlichen Begriffen also die Idee zu erhalten bemittelt ist, das einzelne Wesen dagegen mitteilungslos dahinstreift, nachdem es die Idee einmal verkörpert und in seiner Nachkommenschaft verewigt hat; und die Aufgabe, sich dieser Idee ganz hinzugeben, für sie zu leben und zu sterben und sie der Ewigkeit weiterzugeben, weil die Natur es so befehlt.“ Damit ist natürlich gar nichts anzufangen. Nicht viel anders ist es mit der auf Hitlers Veranlassung durch Sperndruck hervorgegebenen Lösung: „Gemeinnutz vor Eigennutz“. Das ist kein Programm, sondern ein sittliches Axiom. Die deutsche Reichsverfassung hat dem gleichen Gedanken eine schönere und dringlichere Formel gewidmet: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das gemeine Beste.“

Einen breiten Rahmen gewinnt auch bei den Nationalsozialisten der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht. Er ist nicht bei ihnen entstanden, jedoch wird er in seinem Wirkungsgrad stark überhöht, vor allem propagandistisch hoch gewertet. Walter Schücking ist der erste parlamentarische Vorläufer der Arbeitsdienstpflicht gewesen, aus einer moralisch-pädagogischen Grundhaltung. Sie hat sich bei den Nationalsozialisten umgeschaltet zu einer Art Stamm-tollenerfah.

Hitlers Kapitel über die Außenpolitik gehören zu den ausschlüssigsten seines Buches. Der Kampf mit Frankreich wird nicht eigentlich gesucht, aber er erscheint als vom Schicksal gesetzt: Erbfeindideologien usw. Das wesentliche Ziel deutscher Entfaltung liegt im europäischen Osten und ganz gewiß nicht im Streben nach einer neuen Überseeentdeckung. Die Bodenannehme im europäischen Osten ist also das Kernstück Hitlerscher Außenpolitik, denn hier sieht er die „größten Schlußziele“. Und erkennt dabei, daß die irdische Ausdehnung nur möglich ist, wenn Deutschland den Rücken frei hat. Die „Vernichtung Frankreichs“ bedeutet demnach nicht Selbstzweck, sondern nur eine technische Vorbedingung. Und so reifte bei Hitler der Gedanke eines neuen Bündnisses: England - Italien - Deutschland. Er meint, daß die Annäherung an England und Italien in

keiner Weise eine Kriegsgefahr an sich heraufbeschwört, denn Frankreich wäre zu einer Stellungnahme gegen den Bund nicht in der Lage. Aber Deutschland würde durch den Bund die Möglichkeit erhalten, in aller Ruhe diejenigen Vorbereitungen zu treffen, die im Rahmen einer solchen Koalition für eine Abrechnung mit Frankreich so oder so getroffen werden müßten. Das hinderte ihn jedoch nicht, nach dem „Wahlerfolg“ vom 14. September 1930 an den französischen Politiker Gustav Hervé zu schreiben: „Ich glaube weiter versichern zu dürfen, daß es in Deutschland niemand gibt, der nicht jedem ehrlichen Versuch einer Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich aus ganzem Herzen Beifall schenken wird.“ Daß diese schönen Worte nur Worte, und zwar nichts-lagende, sind, bedarf wohl keiner weiteren Erklärung. Denn an anderer Stelle sagt Hitler wieder folgendes: „Ein Bündnis, dessen Ziel nicht die Abfuhr zu einem Krieg umfaßt, ist sinn- und wertlos.“ Wir finden in diesem Satz nicht nur einen Widerspruch der Worte, die er an Hervé richtete, sondern auch gleichzeitig ein Gegenstück zum Bismarckschen Bündnisystem, welches darauf hinausging, die Kriegsabsichten anderer durch eine kunstvolle Friedensversicherung abzufangen.

In Hitlers Buch „Mein Kampf“ sind die Abschnitte, die vom Wesen der Propaganda handeln, unzweifelhaft die wichtigsten. Nicht das geschriebene Wort ist wichtig, sondern das gesprochene, meint er. Die politische Wirkung geht nur vom Redner aus, der mit Menschen ringt, an ihren Augen lesen kann, ob sie ihm folgen, ob sie ihn verfehlen. Mit anschaulicher Aufrichtigkeit erzählt dieser Menschenbezwinger von den Erfahrungen des eignen Mißerfolgs, wenn er bei Vormittagsversammlungen ohne Fühlung mit der Hörermasse blieb — trotz aller Mühe. Erst in den Abendstunden, so folgert er, waren die Menschen infolge ihrer Müdigkeit leichter bereit, ihren Willen an die Fühlung des Redners abzutreten.

Hitler distanziert nie. Seine Reden vermeiden die konkreten politischen oder wirtschaftlichen Fragen und haben mehr einen allgemeinen, etwas lehrhaften Ton. In reicher Variation ist er ein Meister der Gefühlsestafette. Und von seinen Freunden läßt er sich „Prediger“ nennen. Dieser hat ja auch nie das Gegenwärtige, sondern immer nur das Ewige zu künden. Genau so tut es Hitler. Er redet stets von Macht, Recht, Ehre, Sieg und Nachz.

Aber den traurigen Vorfall von 1923 ist Hitler derart erschüttert, daß er in Zukunft einen weiteren Aufschwung ablehnt. Er hat genug davon. Wohl hält er die Weimarer Verfassung nicht für gut, sondern jetzt schon eher für verbesserungsbedürftig. Dabei ist er sogar gewillt, sie künftig auch nur mit den Mitteln zu verbessern, die in der Verfassung selber vorgelesen sind. Immer wieder beschwört er die „Legalität“ seiner Bewegung, und dieser Schwur ist im doppelten Sinn auch notwendig: Einmal erweist sich eine beruhigende Besichtigung der Koalitionsmöglichkeit der NSDAP bei den Gruppen, die Sorge haben vor der Partnerschaft an revolutionären Versuchen, und an andermal bedeutet der Schwur des Führers eine Waffe gegen die Angebundenen in seiner Gefolgschaft, indem er ihnen drohend entgegen tritt: „Wollt ihr, daß euer Führer metelnbig wird?“

Es ist bei manchen Vertretern der NSDAP gewiß bloß ein Trieb der Verlegenheit, wenn sie Erklärungen darüber ablehnen, was sie „nachher“ machen werden. Aber es ist auch sicher ein Stück Ausbruch des Verfügens über das Unverbindliche aller irrationalen Anjage: Sie entbehren nämlich der geistigen Verantwortung, die stets mit allem Nationalismus verbunden bleibt. Auch die geistige Aussprache auf neutralem Boden wird abgelehnt. Das gilt nicht nur für die Publizität, auch die Unterhaltung vor dem Mikrophon wird verjemt. Manche mit den Nationalsozialisten sympathisierenden Kreise sehen gerade in dieser Haltung, die ihnen als Geisteslosigkeit erscheint, die der



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Alfred Kunath in Leipzig
Eingetretet: 17. Juni 1882 — Jetzt Invalide



Bewegung von innen drohende Gefahr: Die Abstapelung von den geistigen Fragen, die die Nation sonst bewegen.

Die nationalsozialistische Bewegung ist wohl groß geworden unter der Herrschaft des Verhältniswahlsystems, aber sie hat dessen mechanisch-rationaler Ordnung ausgeliefert, indem sie die Wendung auf den Menschen — auf den Einen wählte. Programm, Entgeißlung, Streitfragen: Alles das tritt hinter diesen Vorgang zurück, der einem starken natürlichen Bedürfnis den Weg weist. Man folgt nicht der Sache, sondern dem „Mann“, man glaubt nicht an Lehrränge, aber an den „Führer“. Und so darf man wohl auch für die Zusammenfassung der NSDAP annehmen, daß sie ihre Vertreter in allen Ständen besitzt und nicht nur vorwiegend aus einer mehr gleichartigen sozialen Schicht besteht. Daraus ist zu schließen, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei keine reine Arbeiterpartei sein und demzufolge auch niemals die Interessen des Proletariats wirklich fördernd vertreten kann.

Betrachten wir nun zum Schluß die vor uns liegenden Aufzeichnungen, so sehen wir ein Bild, das sicher unvollkommen ist. Es sollte auch nur eine Erläuterung festgesetzt werden, die Bewegung ist und dem Wesen des Wandels, das sie zu leugnen scheint, selber unterworfen ist. Noch ist nicht zu übersehen, wie sie am Zwang der Geschichte sich messen wird. Die letzten Fragen, die nicht der Raub der Hingabe und nicht die Technik des Halbes beantworten, bleiben ihr noch gestellt.

Soll man noch auf Walze gehen?

In diesen Tagen bevölkern sich wiederum mit wachsender Zahl die Landstrassen unserer Heimat. Zur Schar jener unentwegten Tuppel- und Walzbrüder, deren „Heimatlandsstraße“ weder nördliche noch südliche Bestimmung kennt, gesellen sich die zahlreichen Wanderer aus Not. Die ausgestoßenen der Großtafelfabriken, deren Plänen die Arbeitslosigkeit mit harter Hand Richtung und Ziel genommen hat. Wenn damit gleich eingangs festgestellt ist, daß die Motive, aus denen heraus heute der junge Mensch den Wander-

stab ergreift, wesentlich abweichen von denen, die noch vor wenig mehr als einem Jahrzehnt galten, so ist nur noch zu verständlich, daß Wesen und Art des Walzlebens gleichfalls Veränderungen aufweisen. Aus dem Drang in die Ferne, Schönheit suchend, Mut zu zeigen, fern der Vaterstadt sich im Beruf weiterzubilden, ist eine Jagd nach Brot und Lebenserhaltung geworden.

Immer kritischer und lebensfähigster ist auch die Diskussion innerhalb der Arbeiterschaft angefallen, inwieweit die Frage des Tuppels mit dem proletarischen Wandern in Einklang zu bringen ist. Der auch heute noch richtigen gewerkschaftlichen Einrichtung von Unterstufungsstellen für Reisende steht mit gleich richtiger Begründung die Auffassung entgegen, daß sich das proletarische Wandern nur in der Linie bewegen kann, Ferien und Wochenende dem Arbeiter zu erringen. Die Errichtung all der vielen Erholungsstätten für die Arbeiterschaft, Naturfreundehäuser usw., sind der Erfolg der letzteren Auffassung.

Darüber hinaus aber sind noch härtere Worte gesprochen worden über die Schar der ewig unentnützigen Tuppel. Die begeisterten Hymnen ehemaliger „Walzbrüder“, denen der erste Frühlingssonnenstrahl immer und immer wieder das Lied zu neuem Wandern singt, sie alle verstummen, wenn die „Sehnsüchten“ nur von einem Lumpenproletariat der Landstraße sprechen. Unberücksichtigt bleibt die Tatsache, daß die Verhältnisse schon längst die Arme der Landstraße in zwei Teile getrennt hat. Daß dabei heute der größere Teil sich aus denen rekrutiert, die freudig die Landstraße mit einem Arbeitsplatz vertauscht, kann niemanden in Zweifel versetzen.

Walzbrüder können für uns nicht romantische, beneidenswerte Gesellen sein, sondern recht armelige, ausgelassene und meist arbeitsflehende Menschen: Lumpenproletariat der Landstraße. Hüten wir Proletarier uns vor dem Absichts der Landstraße.

Diese Sätze, die einer Betrachtung des proletarischen Wanderns in der „Arantia“ entnommen sind, in dessen weiterem Verlauf das soziale Wandern gewürdigt wird, zeigen mit aller Deutlichkeit, in welch leichtfertiger Weise man über jene urteilen kann, deren Weg über wirtschaftliche Hemmungen hinweg trotz allem in die Ferne führt. Wer sich zu denen zählen kann, die sich ein Stück Welt auf Wandererschaft um die Ohren geschlagen haben, wird sicherlich diese Worte als den Ausbruch eines „Mutigen“ zur Notiz nehmen.

Die Frage jedoch, ob für den klaffenbewußten Arbeiter die Landstraße ein Absichts bedeutet, ist und bleibt einer Prüfung wert. Das soziale Wandern, die wertvolle Erziehungsmethode, der sich in immer wachsender Masse die Kulturorganisation der Arbeiterschaft bedienen, ist bei aller Gründlichkeit für den einzelnen drüßig gebunden. Wie anders jedoch bei dem, der wagt, Länder bereist, Land und Leute in ihrem tiefsten Wesen zu fühlen, welf er ehelt, auf alle Menschen angewiesen ist. Es ist eine alte Erfahrung, daß sich der wahre Mensch besser zeigt, wenn er als Mensch zu Mensch ein Opfer bringt, als im Gegenteil von einer Schar „Studierender“ für jedes Wort einen Lohn erwarten darf. Das Primitive, das einem Volkstiel anhaftet, die wahre Volksseele, die kennen zu lernen das Ziel eines jeden ernsthaften Wanderers ist, wer könnte es besser als der Bruder Tuppel, der bald bei allen heimlich ist. Und wenn es eines nach so einsamen Dorfes Wirtshaus ist, das Volkstümmliche verschwindet sofort, wenn man die Bedienung aus der Stadt importiert. Bruder Tuppel aber kopft an die Pforte des Landmannes, deren Geheimnisse sonst allen verborgen bleiben.

Immer wieder belebt sich in mir die Erinnerung an ein kleines bayerisches Dorf, in dem wir im Sommer 1925 Nachtlager suchend anklopfen. Ein kleiner Häusler wollte uns aufnehmen. Ich hatte die Gepflogenheit, auf einer Landkarte größten Maßstabes die durchlaufene Strecke genau nach Weg und Steg rot einzuzichnen, die durch-

Wilhelm-Busch-Ausstellung

In der Hauptstadt Niedersachsens, der Heimat Wilhelm Buschs, ist bis Mitte Juli im dortigen Provinzialmuseum eine Ausstellung von Werken Wilhelm Buschs zu sehen, die ein umfangreiches Bild von dem vielseitigen künstlerischen Schaffen des großen Meisters gibt. War bisher in der größeren Öffentlichkeit Wilhelm Busch nur als der Dichter und graphische Künstler bekannt, so sehen wir hier mit Erstaunen, welsch ein bedeutender Maler er auch war. Als solcher wollte er zwar nicht auf die Nachwelt kommen, da er glaubte, das Ziel seiner Vorbilder, der großen niederländischen Meister, nicht zu erreichen, er gab daher stets Anweisung zur Vernichtung seiner Bilder, und nur dem frommen Betrug seiner Meßen ist es zu danken, daß dennoch viele erhalten blieben. So sehen wir denn in der Ausstellung in drei Sälen an mehr als hundert Bildern, daß Wilhelm Busch, wenn er gewollt hätte, auch als großer Maler in der Kunstgeschichte Eingang gefunden hätte. Die hier ausgestellten Bilder haben fast durchweg ein kleines Format, nur wenige überschreiten die ungefähre Größe eines Quartbattes, aber sie lassen eine tiefe künstlerische Durchdringung des Stoffes erkennen und zeugen von der Gemütsstärke ihres Schöpfers. Nach der Entstehungszeit geordnet, geben die Bilder einen guten Überblick über die Entwicklung und mannigfache Wandlung des Künstlers. In der Hauptsache stellen die Bilder Landschaften, Stillleben, Tiere und Bauern dar; sie zeugen auch von der sozialen Einstellung des Meisters, denn außer den Bildern einiger Angehöriger sind es fast nur Bauern und Arbeiter, die er seines Pinsels würdigte. Immer wieder ist es das bäuerliche Milieu, in dem der Künstler mit jeder Feder

seines Herzens wurzelt, das ihn stets aufs neue anzieht. Das künstlerische Schaffen Buschs als Maler reicht nur bis zum Jahre 1893, da er glaubte, daß seine künstlerischen Kräfte nachließen; bis zu seinem Tode im Jahre 1908 zählte er dann den Pinsel nicht mehr an. In einigen Blättern erkennen wir, daß Wilhelm Busch sich auch als Bildhauer mit erfolgreichem Verlusen betätigte.

Es kann und soll hier nicht der Maler Busch eingehend gewürdigt werden, da für uns der große graphische Künstler und Dichter mehr in Betracht kommt und von dem legt die Ausstellung in vier weiteren Sälen sowie dem großen Kuppelsaal ein bereites Zeugnis ab. Dieses reichhaltige Material auf sich einwirken zu lassen, ist gerade für den Buchdrucker eine wahre Freude. Da bergen zunächst zwei Säle eine Fülle von Stichen und Entwürfen aller Art in Bleistift, Bunt-, Tusch- und Federzeichnung, von den ersten Anfängen bis zur künstlerischen Vollendung des Meisters. An den vielen Blättern sehen wir, wie der Künstler vor den mannigfaltigen Einflüssen, wie Schwind und Richter, sich durchringt bis zu dem unübertroffenen, ihm eignen Stil. Auch hier begegnen wir immer wieder Landschaften, Menschen und Tieren, eine besondere Vorliebe scheint der Künstler für Kühe gehabt zu haben, die ihm den Anreiz zu allen möglichen Darstellungen gaben. Vor besonderer Wirkung sind eine Reihe prächtiger Tuschzeichnungen, die in kräftiger Linienführung Darstellungen aus dem bäuerlichen Alltagsleben enthalten. Von dem ungeheuren Fleiß und der gewissenhaften Sorgfalt, mit der Busch seine Arbeiten ausführte, zeugen die vielen hier angelegten Studien, die er zu seinen Zeichnungen machte, da ist ihm kein Gegenstand zu gering, um ihn nicht mit Mühe und Fleiß in künstlerischem Studium zu behandeln. Auch

mannigfaltig entworfen rein graphischer Natur, wie Tanzkarten und Buchtitel, begegnet man hier.

In zwei weiteren Sälen sehen wir das vollendete Werk des graphischen Künstlers, fertig zur Reproduktion. Da sehen wir in großen Blättern das fertige Manuskript zur „Frommen Helene“, zum „Filiucius“, „Dobedum“, „Abenteurer eines Junggebellens“, „Der Geburtstag“, „Maler Kleese“, „Pflüch und Blum“, „Schnurdrücker“, „Tippel, der Affe“ und einer Reihe sonstiger Bildergeschichten; zum großen Teil in den einzelnen Blättern vollständig ausgelegt. Hier wirkt der große Graphiker unmittelbar auf den Beschauer, nicht nur mit seinen Zeichnungen, sondern auch mit seiner schönen, sympathischen Handschrift. Diese künstlerische Vereinigung von Bild und Schrift läßt auch ein feines typographisches Formgefühl erkennen und zeigt in ihrer ganzen Art auch den peninsliche Ordnung liebenden Menschen. Diese schönen, sämtlich im Format der Buchseiten gehaltenen Blätter, mit genauer Raumeinteilung der Sahanordnung und dementsprechend eingelebten Bildern, müssen jedes Gelehrter erfreuen. Eämtliche Blätter sind mit sauber gezeichneten, teilweise sogar roten Einfassungslinien versehen. Die Wände hieren viele, in größerem Format gehaltene, teilweise farblich, sauber ausgeführte Entwürfe zu den kleinen Bildergeschichten. So „Die tüsche Müllerstöchter“, „Der Sack und die Wäule“, „Die beiden Schwefel“, 12 Blätter zum „Brauen Lenchen“ und 17 zum „Süßchen Däumling“, letztere mit rot eingekreisten Anrissen des Stahlspiegels. Neben einer größeren Anzahl von Studien zu den Bildergeschichten ist hier auch noch das Originalmanuskript zu dem nach dem Tod des Meisters herausgegebenen Werk „Hornach“, einer Sammlung gebildeter Aphorismen, zu sehen. Den

fahrenen jedoch blau. Zuß dieses Bemalen der Landkarte hatte zur Folge, daß die Bauern des Ortes von unserm Quartiergeber herbeigerufen wurden. Bald war aus mir ein Landvermesser geworden. Das ließ dem dem Bürgermeister keine Ruhe; ich war sein Gast. Wir sprachen noch viel über Orts- und Landesgrenzen. Daß seine Ortschaft, sein Heimatland durch meinen Besuch jedoch Vergrößerung erfahren hätte, ist mir nicht bekannt geworden. Wohl aber machte ich am kleinen Teich in des Dorfes Mitte die Bekanntheit einer jungen Magd. Sie erblickte meine braunen besaarten Beine und sprach, ich sei gewiß schon ein Mann und wo ich schlafen würde. Sie war schön, die Haare schwärzer als die hereinbrechende Nacht — aber ich mußte aus Prestigegründen mein Nachtlager in des Bürgermeisters Haus einnehmen.

Die Wanderschaft kann nicht nur wesentlich beitragen, soziale Erkenntnisse zu vermitteln, sie ist darüber hinaus der wertvollste und eindringlichste Erzieher zur Selbstständigkeit des jungen Menschen. Es ist früher fast undenkbar, daß ein Mensch, der mit offenen Augen in der Welt herumgetrippelt ist, nicht als Klassenbewußter-Profetiarier seine Fahrt beendet. Neue Eigenschaften der Klassensozialität, die nicht nur die vornehmste des Profetarials ist, sondern auch oft so fühlbar fehlt; jenem Menschen ist sie zu eigen, der den Wert solidarischen Zuhilens und Handelns lebhaftig gespürt hat.

Immer brennender jedoch ist die Gefahr, daß die jungen Menschen, mit den größten Hoffnungen ihre Vaterstadt verlassend, der Landstraße für ewig verfallen. Nicht weiß sie den Salt zu ihrer Klasse verloren haben. Das Rad einer falschen Wirtschaftlichkeit nimmt ihnen die Möglichkeit, zur rechten Zeit in den Produktionsprozess zurückzukehren und die gewonnenen Erfahrungen nutzbringend auszuwerten.

Unsre Aufgabe wird darum jetzt nicht sein können, mit tausend Warnungen unsre jungen Freunde vor dem Wandern in das Ungewisse abzuhalten, sondern unterstützend einzugreifen trostgebend, und zwar sehen, daß das Ziel der Freunde mit unserm Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft gemeinsam ist. Walter Ruffel (Dresden).

Korrespondenzen

Altenburg. Unsre Versammlung am 28. Mai hatte, bei Anwesenheit der Bezirksvorsitzenden, einen minimalen Besuch zu verzeichnen. Nach Erledigung verschiedener Mitteilungen gab Vorsitzender Neichardt den Bericht von der Bezirksvorsitzendenkonferenz in Weimar über die abgeschlossenen Manteltarif- und Lohnverhandlungen, Gewerkschaften und Beschäftigten. In ausführlicher Darstellung schilderte er den Gang der Verhandlungen, die zu der bekannten Vereinbarung führten. Die sich anschließende Aussprache war eine sehr rege. Einige Redner verurteilten die Haltung unser Vertreter und hielten Kampfmahnahmen für angebracht, um endlich einmal den Abbaumaßnahmen der Prinzipale ein energisches Halt zu bieten. Kollege Neichardt betonte, daß unter Berücksichtigung der jetzigen schlechten Wirtschaftslage unsre Gewerkschaft alles getan haben im Interesse der Gesamtgewerkschaft. Das starre Verhalten der Prinzipalvertreter verhiinderte jedoch ein für uns günstigeres Ergebnis. Er forderte auf, trotz alledem einig und geschlossen zum Verband zu stehen, um in besseren Zeiten das wieder aufzuholen, was uns jetzt verlorengeht. Aus wirtschaftlichen Gründen findet das übliche Johannisfest dieses Jahr nicht statt, sondern nur ein Johannisstreifen anlässlich des am 19. Juni hier stattfindenden Wochenendturms des Bildungsverbundes (Kreis Leipzig). Die arbeitslosen und ausgegrenzten Kollegen erhalten an diesem Tag eine Extraverzierung. Kollege Kötter gab das Programm vom Wochenendturms bekannt und wünschte eine zahlreiche Beteiligung. Nach Entgegennahme des Kartellberichts und Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

Baden-Baden. Eine sehr erregte Stimmung herrschte in unsrer Versammlung am 20. Mai, in der Vorsitzender Ben der Bericht über den 20. Gautag erstattete.

Die Ausführungen wurden von der zahlreich erschienenen Kollegenschaft mit lebhaftem Interesse verfolgt. Hauptächlich waren es die im Bericht mit eingehenden Mitteilungen über das neue Mantel- und Lohnkartellergebnis, das zu den heftigsten Debatten Anlaß gab. In schärfer Form wurden die Verschlechterungen angeprangert, von denen natürlich die neue „Ferienregelung“ den größten Raum einnahm. Vollständig vergesen seien die Ausprüche aus früheren Tagen, wo man auf der Gegenseite sagte: Wir, die Gehilfen, sollten nicht so rigoros vorgehen, man würde dann ein andermal, wenn wir die Schwächeren seien, auch mit sich nehmen lassen.“ Und nun das Fazit! Es zeige sich hier erneut, daß wir viel rücksichtsloser hätten vorgehen sollen. Bittere Vorwürfe wurden auch der Verhandlungskommission gemacht, da sie ihre Zustimmung gab, ohne daß die Kollegenschaft Stellung zu den neuen Vereinbarungen nehmen konnte. Aber auch die weiteren Ausführungen über den Verlauf des Gautags in Konstanz fanden Interesse bei den Kollegen, wobei besonders das unglückliche Stärkerhältnis von Ober- und Unterland bebaut wurde. Dieses brachte es mit sich, daß der von sämtlichen Ortsvereinen unres Bezirks gestellte Antrag auf Verlegung des Gavourorts von Freiburg nach Karlsruhe aus Prestigegründen abgelehnt wurde. Abgelehnt wurde aber auch unser Antrag, den neuen Gavourstand durch öffentliches Ausschreiben und Urwahl wählen zu lassen. Die Kollegen waren der Auffassung, daß dem demokratischen Gedanken der Urwahl mehr Verständnis hätte entgegengebracht werden sollen. Um das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Kollegialität erneut zu pflegen, wurde nach zweitägiger Pause beschlossen, wiederum ein Johannisfest kleineren Stils abzuhalten. Jetzt schon sei dem Wunsch eines guten Verlaufs und zahlreicher Beteiligung Ausdruck verliehen.

Bremen. Unser Bezirksverein hatte die Kollegen zu einer Versammlung am 20. Mai einberufen, die insbesondere zu dem neuen Lohn- und Manteltarif Stellung nehmen sollte. Die Erwartungen, die angesichts der wichtigen Tagesordnung an den Besuch gestellt waren, wurden nicht erfüllt. Bezirksvorsitzender Goertt ging zunächst auf die Notiz im „Korr.“, den Königberger Konflikt betreffend, ein. Die erstinstanzliche Teilhabenergebnisverteilung des Verbandes beleuchtet die Kompliziertheit der Frage und wies deutlich auf die Rechte, aber auch auf die Pflichten innerhalb eines Tarifvertrags hin. Bei der klaren Stellungnahme des Verbandsvorstandes aber zu der damaligen Zeit müsse eine Erstfütterung der Konstruktion der Klage erreicht werden. Dann erstattete Gavourortseher Jschep Bericht von den letzten Verhandlungen, die zum Abschluß des neuen Lohn- und Manteltarifs führten. Er bemerkte, daß festgestellt werden müsse, daß diesmal auf-fallend viele Zeitungsverweigerer im Gegensatz zu früher vertreten waren. Redner ging dann die einzelnen Paragraphen durch, die bei den letzten Verhandlungen gegenüber dem Schiedsgericht verbessert werden konnten. Zusammenfassend betonte Kollege Jschep, daß dieser Abschluß nur unter Berücksichtigung aller Begleitumstände und in der Erwartung, daß er in dieser Form nicht von langer Dauer sein und wohl günstiger Gelegenheit wieder abgeändert werden wird, zugestimmt wurde. Zum Schluß wurde noch auf den bevorstehenden Kampf unser Bruderorganisation, der Hilfsarbeiter, hingewiesen. Sollten Kündigungen von den Unternehmern ausgeprochen werden, so sei es selbstverständlich, daß von unsern Kollegen Solidarität geübt wird. Bevor in die Aussprache eingetreten wurde, gab der Vorsitzende folgende Resolution des Bezirksvorstandes bekannt: „Die Mitglieder des Bezirksvereins Bremen protestieren, mit Nachdruck gegen die der Gehilfenarbeit auferlegten Verschlechterungen, die im neuen Tarif festgelegt wurden. Die Erhaltung des Reallohns und damit der Kaufkraft der Arbeiterarbeit ist bei der steigenden Bedeutung des deutschen Binnenmarktes Voraussetzung dafür, den weiteren wirtschaftlichen Schrumpfungprozess aufzuhalten, der durch die bisherigen Lohnrückzüge nur gesteigert worden ist. Die Bremer Buchdrucker haben den Kampf gefordert zur Abwehr jeder tariflichen Verschlechterung. Die Festlegung der tariflichen Verschlechterung in der Ferienfrage als einmalige vorübergehende Maßnahme läßt sie von der Forderung des Kampfes angesichts der Gesamtlage absehen. Sie erkennen an, daß der Verbandsvorstand und die Gavourortseher verantwortungsbewußt und tatfächlich richtig gehandelt haben und sehen auch in Zukunft nur im Kampf um bessere Lohn-

und Arbeitsbedingungen den Mittelpunkt der Verbands-tätigkeit.“ Mehrere Debattierender verurteilten den Tarif-abschluß und erhoben den Vorwurf, daß das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder ausgehehlet wurde, was in einer zweiten Entscheidung zum Ausdruck kam: „Die Versammlung des Bezirks Bremen erklärt ausdrücklich den Abschluß des neuen Manteltarifs als untragbar für die Kollegenschaft. Insbesondere verurteilt die Versammlung das Verhalten der Zentralinstanzen, das ein Mitbestimmungsrecht der Kollegenschaft ausschließt und den neuen Tarif als Abschlußergebnis von Instanzenverhandlungen offenbart. Die Versammlung fordert, daß noch wie vor der Kollegenschaft das Mitbestimmungsrecht über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Gewerde erhalten bleibt.“ Im Schlußwort ging Kollege Jschep auf alle Einzelheiten, die sich aus der Debatte heraus ergeben hatten, noch näher ein und empfahl der Kollegenschaft, dem Tarif-abschluß zuzustimmen. Bei der Abstimmung über die beiden Entscheidungen wurde die des Bezirksvorstandes mit geringer Mehrheit angenommen. Unter „Beschäftigten“ wurde die Arbeitsvermittlung einer längeren Kritik unterzogen.

Düsseldorf. In unsrer Bezirksversammlung am 28. Mai berichtete Vorsitzender Zier über den Tarifkonflikt der Hilfsarbeiter. Die einschneidenden Verschlechterungen, besonders in der Lohnfrage, sind von den Organisationsvertretern abgelehnt worden und für die Hilfsarbeiter besteht ein tariflosler Zustand. Er richtete an die Kollegen die Aufforderung, ihrer solidarischen Pflicht gemäß keine Arbeit der Hilfsarbeiter zu verrichten. Der Vorsitzende der hiesigen Zählstelle der Hilfsarbeiterorganisation, Kollege Meier, unterstrich die appellierenden Worte des Vorsitzenden, da bei der Durchführung des aufgenommenen Kampfes die Unterstützung der Buchdruckerkollegen wesentlich ist. Nach Schilderung der Situation verlas er ein Schreiben seiner Verbandsleitung, deren Richtlinien die Versammlung zustimmte. Einen breiten Rahmen der Diskussion nahm der Beschluß der letzten Versammlung ein betreffs Abstimmung über den Streik in den Betrieben. Die Durchführung des Beschlusses war nur mangelhaft gesehen, was auf die sehr schlecht besuchten Belegschafts-versammlungen zurückzuführen ist. So lag nur aus einem Betrieb ein positives Ergebnis vor, nach dem 78 gegen 50 Stimmen für den Streik abgegeben waren. In dem für und Wider in der Aussprache wurde aber betont, daß es notwendig sei, die Stimmung der Kollegen rechtlos fest-zustellen; demzufolge wurde der Beschluß aufrecht er-halten und in dieser Woche wird die Abstimmung in den Betrieben durchgeführt. Ein dreiteiliger Werbefilm zeigte den Kollegen Zweck und Ziel der „Volksfürsorge“. In gut aufgenommene Bildern wurde der Aufbau und die Vorteile der Versicherung vor Augen geführt und die Eignung des Films als Werbemittel unter Beweis gestellt. Zum Massenbericht wurde die Entlassung des Geschäftsführers ohne Diskussion erörtert. Außer den von der Lehrlingsabteilung übertretenen Kollegen hatten sich fünf Kollegen zur Aufnahme gemeldet, die feinerzeit zum dem Verband ausgeschlossen worden waren. Unter Berufung auf das damalige Verhalten dieser Kollegen bei dem Solinger Konflikt wurde durch Antrag auf Übergang zur Tagesordnung, die Aufnahme, mit einer Ausnahme, abgelehnt. Zur Ägung des Restantenunwesens sind durch den Vorstand die „großen“ Restanten zur Begleichung ihrer Reste gemahnt worden. Da diese Mahnung bei einigen Restanten erfolglos blieb, sah sich die Versammlung gezwungen, fünf Mitglieder auszuschließen. Von der Feier des Johannisfestes wurde Abstand genommen, da die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Kasse dieses nicht erlauben. Auf Vorschlag des Vorstandes sollen in einer Festversammlung die Jubilare geehrt werden.

Hannover. (Mitschneider) Die stattliche Zahl von 178 Kollegen aus dem Gau Hannover hatte sich am 22. Mai im Hildesheimer Gewerkschaftshaus zur Generaiversammlung unser Gauvereinigungen aufgemangelt. Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden Gebert an die Vertreter des Gauwes, der Sparten und der Seignalmensfabriken konnten wieder 15 Spartenkollegen für 25jährige Mitgliedschaft durch das Ehrenzeichen der Seignalmensfabriken und andre kleine Geschenke erfreut werden; zweien von diesen, den Hildesheimer Kollegen Kollwage und Weddige, wurde noch besondere Ehre zuteil, da diese auf 25 Jahre Funktionäre sind. Unsre in den letzten zwei Jahren verstorbenen Mitglieder ehrte der Vorsitzende durch einen Nachruf, den die Versammlung stehend entgegennahm. Nach weiteren Mitteilungen referierte der Vorsitzende der Zentralkommission, Kollege Köber (Berlin), über das Thema: „Wir Maschinenseher und die deutsche Arbeiterbewegung.“ In sehr temperamentoollen Ausführungen betonte er, daß wir Maschinenseher die Kinder der Mutterorganisation, des großen Buchdrucker-verbundes, seien, und daß deshalb dieser dafür zu sorgen habe, daß es uns gut gehe. In der letzten Zeit seien viele Fehler gemacht durch die wir Buchdrucker immer mehr von unsern Ertragsüberschüssen hergeben mußten. So geht es nicht weiter. Der Verbandsvorstand muß unsrer Prinzipalität und der Reichsregierung entgegenkommen: „Schluß mit dem Lohnabbau und aller möglichen Verschlechterungen, die den deutschen Arbeiter zum Ruß machen!“ Sonst werden wir zum letzten Mittel greifen müssen trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen großen Ansprüche an unsre Verbandskasse. Freiheit, Gleichheit für alle und Brot für jeden! Eine rege Aussprache schloß sich dem Referat an, bei der die Voten ziemlich hoch gingen und betont wurde, daß der Referent uns zur Zeit keinen gangbaren Weg aus diesem Schlamassel gezeigt habe. In seinem Schlußwort verlangte Kollege Köber unbedingte Einigkeit der Kollegenschaft, denn nur so könne man der Prinzipalität den Kampf an-lagen. Nach weiteren internen Mitteilungen durch den Vorsitzenden fand die Versammlung ihren Abschluß mit einem hoch auf Verband und Sparte.

Krefeld. Die am 22. Mai hier abgehaltene Bezirks-versammlung wurde durch einige exakt vorgetragene Wiederpenden des Kollegenschaftsvereins eingeleitet. Sie dauerte etwa fünf Stunden und befahte sich in der Hauptsache mit der gerade bekannt gewordenen „Vereinbarung“, die zwar dem tariflosen Zustand ein Ende bereite, die aber auch die Gemüter in helle Aufregung versetzte und

Sammelcharakter dieses Werkes läßt auch das Manuskript erkennen, während das der Wideregeschichten in Format und Papierfarbe einseitlich ist, trifft dies bei dem postumen Werke nicht zu.

In weiteren Räumen wird in fertigen Drucken noch ein Gesamtüberblick über das Werk Wilhelm Buchs gegeben. Fast sämtliche Wideregeschichten sind, auf Tafeln zusammen-gestellt, hier an den Wänden zu sehen. In Mitrinen werden hier noch Briefe, Aufzeichnungen, weitere Manuskripte, selbstgefertigte Widerebücher sowie Erstaussgaben und fremdsprachliche Ausgaben gezeigt. Von besonderem Interesse für uns Buchdrucker sind noch 12 Originalholzschnitte aus „Der Geburtstag“, die zu je sechs auch im Abzug gegenübergestellt sind und die erste und zweite Fassung derselben Bilder zeigen, woran zu erkennen ist, wie gewissenhaft der Meister arbeitete. Sagte ihm ein Bild in künstlerischer oder technischer Hinsicht nicht zu, ließ er ohne weiteres die Holzsnitte neu anfertigen. In der Biographie Wilhelm Buchs von seinem Neffen Otto Höbbed lesen wir hierüber auf Seite 145 folgendes: „In dem Werk „Herr und Frau Knopp“ wurde zum ersten Male (1877) das neue technische Verfahren der „Zintotypie“ angewandt; die Originalzeichnungen Buchs konnten auf photomechanischem Weg auf die Druckplatte übertragen werden; so brauchte er nicht mehr die höchst unbecome, mühsame Arbeit auszuführen, seine Bilder verkehrt auf die Holzsnitte zeichnen zu müssen. Auch hörte der Krger über die Holzsnittdruck auf, die ihm die feinen Striche, besonders in den Gesichtern, nicht sauber genug herausarbeiten. Wie manche Klage darüber findet sich dahin in den Briefen an Wassermann (der Verleger); wie mancher Handabzug

wurde verworfen; wie mancher Holzsnit mußte noch einmal gezeichnet werden. Davon war er nun befreit. — Freilich, bemerkt ein Kenner ganz mit Recht, war die Zintotypie noch nicht das ideale Verfahren, den Zeichnenstrich Buchs mit seinem vollen künstlerischen Gehalt wiederzugeben; dies gelang erst nach seinem Tod, 32 Jahre später in „Hernach“. Die beiden Verfahren, die der Verfasser an-führt, unterscheiden wir als Strichätzung und Autotypie. Indessen scheint es, als wenn das erstere Verfahren, aller-dings nicht photomechanisch, schon früher angewandt wurde, denn neben den Holzsnitten sind noch zwei Zintafungen zu sehen, die eine zu „Schurrdrucker“ aus dem Jahre 1869 und die andre zum „Heiligen Antonius“ aus dem Jahre 1870. Wie mit von der Ausstellungseitung berichtet wurde, sollen diese Ahnungen schon bei den Erstaussgaben der Werke benutzt sein, jedoch habe dieses Verfahren damals nicht den Anforderungen Buchs entsprochen, weshalb er wieder zum Holzsnit übergegangen sei. Wenn dieses zu-teif, dann würde es sich hier um einige der allerersten Zintafungen handeln, da dieses Verfahren wahrscheinlich erst im Jahre 1867 zu brauchbaren Resultaten führte.

So gewährt uns ein Gang durch die Ausstellung einen Blick in die geistige Werkstatt des Meisters, wir sehen den Wegbezug eines großen Menschen und Künstlers, der die Welt mit den reichen Gaben seines Geistes beschenkte und sprechen mit Frey von Dittni:

Wie reich er war — nicht viele durften 's abnen,
 Ze seiner goldenen Seele nahernd —
 Verlocht es, Volk, die einen Veden zu bahnen
 In diesem Zaub, der frei macht und befreit!
 Hannover. T. H. Schradet.

die Kollegenschaft zu scharfer Abwehr in eine Linie brachte. Gauvorkseher Bösch (Rhein), der sich die Behandlung der tariflichen und organisatorischen Gegenwartsangelegenheiten gewährt hatte, konnte der Kollegenschaft all das näher bringen, was sich in dem hinter uns liegenden neunwöchigen Ringen um Lohn- und Manteltarif abgepielt hat. Er hatte es wirklich nicht leicht, der aus dem gesamten Bezirk sehr gut beschleunigten Verammlung die Gründe verständlich zu machen, die schließlich zu der „Vereinbarung“ führten. Dazu kam eine zwar kleine, aber scharfe Opposition, die weniger aus gewerkschaftlichen als politischen Gründen ihre Argumente gegen die „Vereinbarung“ ins Feld führte. Deren Sprecher legte eine Entschließung vor, die er anfänglich als eine solche seines Ortsvereins deklarieren wollte. Dieser mußte jedoch davon absehen, weil die Entschließung gar nicht dem Ortsverein vorgelegen hatte. Auch eine abgeänderte Entschließung verfiel nach ausgiebiger, teilweise scharfer, immerhin sachlicher Aussprache gegen wenige Stimmen ebenfalls der Ablehnung. Trotzdem ist in weiten Kreisen der Kollegenschaft eine tiefgehende Aufregung festzustellen. Wenn die übergroße Mehrheit die zu überwindenden Schwierigkeiten auch würdigt und im Gegenzug zu kommunikativen Maßnahmen anerkennt, daß die berufenen Vertreter der Kollegenschaft alles versucht haben, ein günstigeres Ergebnis zustande zu bringen, so war doch ein gut Teil der Kollegenschaft der Meinung, daß diese Vereinbarung nicht eingegangen werden durfte bzw. die Kollegenschaft in Abstimmung über Annahme oder Ablehnung hätte befragt werden müssen. Der sonstige Beratungsstoff nahm nur wenig Zeit in Anspruch. Auf Antrag der Ratgeber wurde dem Kassierer für den gebrauchten vorliegenden Kassibericht vom ersten Vierteljahr Entlastung erteilt. Ein Bericht des Lehrstuhlsleiters über die Lehrstuhlsleiterkonferenz und über eine Sitzung des Fachauschusses war auch Mitteilungen des Vorsitzenden über die Erhebung der alljährlichen Lehrstuhlsstatistik wurden zur Kenntnis genommen. Die vom Bezirksverein Düsseldorf erbetene Aufklärung seines Antrags auf Einberufung eines außerordentlichen Gantags bzw. dessen Vorverlegung wurde abgelehnt. Die kommende Bezirksversammlung wird in M. Gladbach abgehalten werden.

Vangensatz. Lange Zeit konnten wir in unserm Ort auf einen guten Versammlungsbesuch stolz sein. Dies scheint leider außer Übung zu kommen, denn auch in der letzten Versammlung am 28. Mai war nur ein Viertel der Mitglieder anwesend. Trotz wichtiger Tagesordnung, trotz eines Vortrags des Kollegen Schling (Gotha) über: „Familienrecht und Erbrecht“ hatte sich keine größere Besucherzahl eingestellt. Die nächste Wirtschaftslage darf kein Grund sein, den Mut sinken zu lassen, im Gegenteil, da erst recht ist es bitter notwendig, fest zusammenzukommen und in den Versammlungen Aufklärung und Verständnis zu suchen. Dann kann es auch nicht vorzukommen, daß die Kollegen am Kassen und an den Maschinen sich in Mutmaßungen ergreifen und dadurch zu falschen Urteilen kommen, die unsere Bestrebungen nur schaden. Dies gilt sowohl in gewerkschaftlicher als auch in politischer Beziehung. Von den Tagesordnungspunkten ist zu erwähnen, aus dem Bericht über die Hauptversammlung des Ortsauschusses: des „DGB“, des „GdD“ 1931 bei 12000 Einwohnern. 2400 Arbeitslose gezählt wurden. Von 2825 den Gewerkschaften am Ort angeschlossenen Mitgliedern sind 49 Proz. erwerbslos. Der Kassibericht unseres Ortsvereins vom ersten Vierteljahr zeigt, daß wieder fast 3000 M. an den Bezirk abgeführt werden konnten. Das mag seinen Grund darin haben, daß sich die Zahl der arbeitslosen Kollegen in letzter Zeit erfreulich senkte. Vorsitzender Nebenstreitliche die abgeschlossene Vereinbarung mit den Unternehmern, die uns leider nur Nachteile bescherte, was auch in der „Zeitschrift“ des Deutschen Buchdruckervereins unverhohlen zum Ausdruck kommt. Nur Verständnis für die gegenwärtige Lage läßt begründlich erscheinen, was sonst niederdrückend wirken müßte. Die Aussprache hierüber war recht lebhaft. Über einen Antrag, der einen Ausgleich in der Beitragszahlung während des Urlaubs infolge der gestützten Urlaubsbeziehung wünscht, entfiel eine umfangreiche Aussprache; die Mehrheit der Kollegen enthielt sich leider der Stimme, so daß eine entsprechende Klärung über die Meinungen nicht eintrat. Ein anderer Antrag, der auch die Angelegenheiten unserer Organisation auffordert, zugunsten der geschwächten Finanzen unseres Verbandes auf denselben Anteil bei der Urlaubsbeziehung zu verzichten, wie es der Tarif vorsieht, fand ungeteilte Zustimmung. (Daß dieses bereits geschehen ist, sei hier nochmals in Erinnerung gebracht. Schriftleitung.) Eine Johannisfeier mit Ertrag von Jubiläen soll am 26. Juni stattfinden. Ein arbeitsloses Mitglied wurde gestrichen, weil es sich grüßlich gegen die in den Statuten vorgesehene Weidpflicht vergangen hatte.

Bad Vienenwerba. Zu unserer Versammlung am 24. Mai hatten sich 35 Kollegen eingestellt. Der Abschluß der Manteltarifverhandlungen mit ihren für uns so ungünstigen Auswirkungen hatte Veranlassung gegeben, einen Referenten vom Gauvorstand zu erbitten. Nach Erledigung der üblichen Tagesordnung erhielt Gausekretär Weigelt (Halle) das Wort zu seinem Vortrag. Er schilderte in ausführlicher Weise, was seit Ablauf des Manteltarifs geschehen war, insbesondere die großen Schwierigkeiten, mit der Gegenpartei zu einer annehmbaren Einigung zu gelangen und endlich das Ergebnis aller Verhandlungen, das nur Verschlechterungen für uns brachte und allgemeine Erbitterung in Kollegentreifen ausgeflößt hat. Der Referent führte aus, daß es für die Berufsleitung unmöglich gewesen sei, angesichts der 30 000 erwerbslosen Verbandsmitglieder, Verbesserungen im Tarif durchzusetzen. Wollten doch die Unternehmer nichts Geringeres, als die Zerstückelung aller Bindungen durch die Tarife. Im Verlauf der Tarifverhandlungen habe sich gezeigt, daß die Interessen der Gewerkschaft aufs schärfste vertreten wurden. Wenn das schließliche Ergebnis auch bei keinem Kollegen Freude erwecken könnte, so müßten eben die höchst ungünstigen Zeitverhältnisse in Berücksichtigung gezogen werden. In der darauf folgenden Aussprache zeigte sich aus deutlichster der Unmut, den der Abschluß der Tarifverhandlungen durch Vereinbarung und das damit Erreichte bei allen Ortsvereinsmitgliedern hervorgerufen hat. Kollege Gutentun gab der Unzufriedenheit Ausdruck, daß die Gewerkschaften unter dem Druck der Arbeitslosigkeit heute dem Arbeiter keine Verbesserungen mehr bringen

können und keine Kämpfe, sondern Unterstützungsorganisationen geworden sind. Die Kollegen Kupplich und Vogel erkannten die schwierige Lage unserer Hilflosenvertreter bei den Tarifverhandlungen an. Letzterer gab der Hoffnung Ausdruck, daß die politische Lage uns nicht noch weitere Verschlechterungen aufzwingen möge. In seinem Schlußwort ermahnte Kollege Weigelt, unheimlich im Interesse der Gewerkschaften zu arbeiten und keine Kritik zu üben, ohne bessere Wege zu zeigen. Vorsitzender Vogel dankte dem Referenten für seine Ausführungen. Einige Ortsvereinsangelegenheiten, z. B. Feier des Johannistages usw., fanden noch Erledigung.

Weimar. (Maschinenseher.) Unser Gauverein hielt am 28. Mai hier ihre 7. Jahreshauptversammlung ab. Die Versammlung war, entsprechend der Wichtigkeit der Tagesordnung, überaus gut besucht; aus 21 Orten waren 211 Kollegen erschienen bei einem Mitgliederstand von 348. Die Versammlung wurde um 11 Uhr mit zwei gut gelungenen Reden des Kollegenangehens „Gutenberg“ Weimar eröffnet. Vorsitzender Wilhelm (Eisenach) konnte neben den erschienenen Kollegen den Referenten zur tariflichen Lage, Kollegen Wislawa (Weimar), begrüßen. Für den Gau, Bezirks- und Ortsvereinsvorstand sowie namens der örtlichen Maschinenseherkollegen hieß Kollege Staub die Erschienenen willkommen. Vorsitzender Wilhelm wies zunächst darauf hin, daß die Kollegen Godes (Eisenach), Kose (Eisenach), Ringel (Alpolda), Paul Groß (Alpolda) der Sparte 25. Jahre angehören. Dann entledigte er sich einer Ehrenpflicht und gedachte des verstorbenen Kollegen Thiene (Sena). Es wurde sodann beschlossen, den teilnehmenden Arbeitslosen und Invaliden aus der Kasse 3 M. Jergelgeld zu bewilligen. Sodann erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Den Kassibericht gab Kollege Setphan (Eisenach). Beide Berichte fanden Genehmigung und dem Gesamtvorstand wurde Entlastung erteilt. Nun referierte Kollege Wislawa über die tariflichen Fragen. Er beschränkte seine Ausführungen mehr auf Maschinenseherfragen. Dabei führte er aus, daß die Prinzipale bei den diesmaligen Tarifverhandlungen einen großangelegten Generalangriff unter Führung der Spindli geplant hätten. Dieser Generalangriff habe durch die politische und wirtschaftliche Lage noch eine wesentliche Unterstützung erfahren. Die Not und der Kampf um den Arbeitsplatz hätten den Prinzipalenschnelbewegungen in die Hände gespielt, womit man meinte, allgemeine Tarifverschlechterungen begründen zu können. So wurde versucht, an Hand von Beispielen die Anlage A des Tarifs in vielen Punkten abzuändern. Alle diese Vorhaben seien aber durch die Vertreter der Gewerkschaft zurückgewiesen. Lediglich kleine Einbußen seien in der Tariffront bei der Generalangriff der Prinzipale als Erfolg zu verzeichnen. In der Disziplin, die sehr zugezogen wurde, brachte jeder Redner zum Ausdruck, daß sie mit den tariflichen Abmachungen durchaus nicht zufrieden sind und bereit gewesen wären, sich durch Kampfmaßnahmen ihre Position zu halten. Es wurde aber den Vertretern der Gewerkschaft Anerkennung gesollt, daß sie den Titankampf so erfolgreich bekämpfen haben. Die Meinungsäußerung, daß noch ein neues Niederlagenjahr im Auge zu bringen, brachte die Resolution, die von einem verordneten Mitglied erbracht, daß man mit dem Ergebnis der Tarifverhandlungen nicht zufrieden ist, aber trotzdem den Gewerkschaften für ihre Arbeit dankt und das Vertrauen ausdrückt. Die zweite Resolution, die von einem größeren Thüringer Druckort erbracht wurde, betrafte, daß an dem Maschinenseherauftrag sowie an den Tarifpositionen der Anlage A, welche Grundgesetz für den Buchdrucker sind, in den kommenden Verhandlungen nicht mehr gerüttelt werden darf. Jeder Lohnabbau, und sei er noch so klein, sei abzulehnen und untragbar. Zugeständnisse in tariflicher Hinsicht zur Anlage A können mit Rücksicht auf die bereits stark Nationalisierung nicht gemacht werden. Nach Erledigung des tariflichen Teiles wurden die eingegangenen Anträge beraten. Zunächst zwei Anträge des Vorstandes; der erste Antrag wünscht für eine Herbstvollversammlung nur eine Vertrauensmännerzusammenkunft, der zweite Antrag sieht eine einmalige Beihilfe an Arbeitslose und Invaliden aus den eingeparteten Geldern der Vollversammlung vor. Ein Antrag von Sena, der eine Beitragsreduzierung wünscht, wurde zugunsten der Anträge des Vorstandes zurückgezogen. Die Anträge des Vorstandes wurden jedoch einstimmig angenommen. Den Arbeitslosen und Invaliden wird ferner eine einmalige Beihilfe gewährt, deren Höhe nach der Zeit der Arbeitslosigkeit gestaffelt werden soll. Die Höhe des Betrags und deren Festlegung wird nach Lage der Kasse und Arbeitslosigkeit dem Vorstand überlassen. Hieran schloß sich ein technischer Vortrag des Kollegen Vobes (Sena): „Das Anameter“. In diesem Vortrag wurde die Zusammenfassung des Metalls behandelt. Mit Hilfe des Analysators sei es möglich, die Zusammenfassung des Metalls zu prüfen und dauernd zu kontrollieren. Nach Versuchen mit dem Apparat will Kollege Vobes das Ergebnis bekanntgeben und auf Wunsch die Kollegen damit vertraut machen. Unter „Beschwerden“ wurde noch ein Brief über einen fassant berechtigten Saalfehrer Kollegen verlesen. Dieser Kollege verließ Kollegen beim Unternehmer und droht Sagen, die eines Gewerkschafters unwürdig sind. Das war auch der Grund zu seinem Ausschluß aus dem Verband. Die Wahl des nächsten Versammlungsortes fiel auf Erfurt.

Allgemeine Rundschau

„Gegen den Abbau übertariflicher Entlohnung.“ Unter vorstehender Stichmarke hatten wir schon in Nr. 42 vom 25. Mai an dieser Stelle mitgeteilt, daß der Deutsche Buchdrucker-Berein im Zusammenhang mit seiner Schadenersatzklage aus dem vorjährigen Königsberger Konflikt vom 19. Mai 1931 („Teilurteil“) ebenfalls in Nr. 42 des „Korr.“ veröffentlicht unter B seiner Klage schrift noch eine zweite Klage gegen unsern Verband angestrengt hat. In diesem Teil der Klage der Unternehmer wurde Anspruch auf Unterlassung tarifwidrigen Verhaltens in der bisherigen Abwehr der Gewerkschaft gegenüber dem Abbau übertariflicher Entlohnung erhoben. Über den ersten Verhandlungstermin zu diesem

Teil der Klage haben wir schon im vorigen Jahr in Nr. 46 vom 10. Juni und in Nr. 58 vom 22. Juli 1931 berichtet. Der zweite Verhandlungstermin (21. Mai 1932) fand in Nr. 42 vom 25. Mai d. J. kurze Befassung. Nach zweimaliger Beschließung der Urteilsverföndung ist diese nun vor der graphischen Kammer des Berliner Arbeitsgerichts am 11. Juni d. J. erfolgt. Der Urteilsstenor lautet wie folgt:

- Der Beklagte zu 1 wird kostenpflichtig verurteilt, es bei Weidung von Geld- und Haftstrafen für jeden Fall der Zuwiderhandlung
- zu unterlassen, seine Mitglieder aufzufordern, jedem weiteren Abbau übertariflicher Entlohnung nach besten Kräften entgegenzuwirken,
- zu unterlassen, Mitglieder von der Annahme der Arbeit gegen Angebot des Tariflohns abzuhalten, ausgenommen bei unberechtigter Zuwiderhandlung von Arbeitgebern gegen das Verbot der Massenfindigung,
- zu unterlassen, Mitgliedern, die wegen Weigerung der Annahme von Arbeit zum Tariflohn arbeitslos bleiben oder werden, Unterstützungen zu zahlen, ausgenommen 1. bei Nachweis höherer Leistung, 2. bei offensichtlicher Inkongruenz zwischen Leistung und Stelle, sich jeder Einwirkung auf die Mitglieder zu enthalten, die darauf abzielt, Mitglieder durch Nichtaufnahme oder Aufgabe der Arbeit zur Gewährung übertariflicher Entlohnung zu nötigen.

Streitwert 7000 M.
Gerichtsgebühren 210 M.
Die durch den Arbeitsrichter de Witt im Kurmittelpunkte verlesene Begründung des Urteils im Verhandlungstermin dürfte etwa 20 Seiten Kanzleiformat umfassen, war trotzdem noch nicht vollständig, sondern wird den Parteien in nächster Zeit erst noch schriftlich zugestellt werden. Es ist daher unmöglich, jetzt schon zu diesem Monstrum juristischer Verwerfung des handelsüblichen Sachverhalts mit sozialen Rechtsbegriffen Stellung zu nehmen. Da jedoch mit dieser Entscheidung in erster Instanz der Rechtsstreit unauflöslich sowie noch keineswegs erledigt sein dürfte, möchten wir zunächst nur feststellen, daß durch dieses Urteil die in § 7 unserer Verbandsstatuten vorgesehene Pflicht zur Erkundigung vor Annahme einer anderen Stellung keineswegs aufgehoben ist, sondern nach wie vor für alle Verbandsmitglieder als statutarische Pflicht gilt!

Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckergewerbe. Die Arbeitslosenzahl in unserm Verband im Monat Mai erstreckte sich auf 204 Berichtsstellen. 25 von diesen mit 1934 Mitgliedern verfahren, es einen Bericht an den Verbandsvorstand einzusenden. Die Mitgliederzahl betrug 87 500 (ohne Saargebiet und Freistaat Danzig). In Arbeitslosen wurden gezählt 29 388 (gegen 29 420 im April). Berührt arbeiteten 11 930 Mitglieder (gegen 10 883 im April), nämlich bis zu 8 Stunden 7980, 9 bis 16 Stunden 2518, 17 bis 24 Stunden 1039, 25 und mehr Stunden 393. Aus nachstehender Tabelle ist überdies ersichtlich die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zu ersehen.

Monat	arbeitslos waren	verfügbare Arbeitsstellen				
		bis zu 8 Stunden	9 bis 16 Stunden	17 bis 24 Stunden	25 u. mehr Stunden	
Januar .. 1931	19 470	2455	908	462	16	
Februar .. 1931	19 139	2185	908	486	120	
März 1931	19 213	2200	821	458	47	
April 1931	19 272	2052	802	401	43	
Mai 1931	20 026	2627	780	412	33	
Juni 1931	20 578	2823	813	570	46	
Juli 1931	22 899	3265	1041	900	81	
August .. 1931	25 663	0985	1362	1594	284	
September 1931	26 635	8066	2944	1484	301	
Oktober .. 1931	27 676	9236	3100	1658	603	
November 1931	27 190	9755	2568	1174	432	
Dezember 1931	27 887	8870	2399	1020	269	
Januar .. 1932	28 851	8992	2736	1180	222	
Februar .. 1932	29 239	8401	2661	1126	257	
März 1932	29 512	7771	2262	1047	240	
April 1932	29 420	7430	2226	1088	139	
Mai 1932	29 388	7080	2518	1030	393	

Wochenendkurse für Buchdrucker in Vittenburg. Am Sonntag, dem 19. Juni, findet ein Werbegeldkurs-Wochenendkurs des Kreises Leipzig im Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker in Vittenburg statt. Es sprechen dort Professor Dr. Kiemann (Leipzig) über das Thema „Männer und Frauen lernen reden“, Gewerbestudient Kupfer (Leipzig) über „Technik im graphischen Gewerbe“, Heinrich Grote (Leipzig) über „Jugend im Kampf um ihren Beruf“. Ausführliches Programm durch Kurt Schumann in Vuda, Vittenburger Straße 62.

Zum Verbot der „Danziger Volksstimme“. Vom Oberverwaltungsgericht ist das vor kurzem vom Senat verhängte dreimonatige Verbot der „Danziger Volksstimme“ auf zwei Monate verlängert worden. Das rigorose Verbot des Blattes, unter dem das technische Personal am schlimmsten leidet, würde demnach am 9. Juli enden. Inzwischen hat sich die unter dem Druck der Nazis stehende Bürgerblockierung wieder ein neues tolles Stück geleistet. Ein von der Sozialdemokratie herausgegebenes Mitteilungsblatt für die Mitglieder der Partei, das nur sachliche Mitteilungen enthält, ist von der Polizei beschlagnahmt worden. Die Beschlagnahme ist vom Gericht mit der Begründung bestätigt worden, daß das Mitteilungsblatt, das vier Quartseiten umfaßt und nur nach Bedarf erscheint, eine Fortsetzung der verbotenen Tageszeitung „Danziger Volksstimme“ darstelle! Die Beschlagnahme und ihre Bestätigung zeigt, daß die Nazis kein Mittel unversucht lassen, um jede sozialistische Tätigkeit im Freistaat zu hemmen. Amtliche Vollerhebung im Buchdruck- und Steindruckergewerbe. Die letzte amtliche Vollerhebung im Buch- und Steindruckergewerbe, die von Seiten des Statistischen Reichsamts durchgeführt wurde, fand im Sommer 1929 statt, so daß zur Einhaltung des dreijährigen Erhebungsintervalls es dringend nötig ist, diese Statistik auch in diesem Jahr vorzunehmen. Zu diesem Zweck tagte der Lohn-

